



Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
7. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanzausschusses
am 27.10.2003
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

Teilnehmer:

Ausschussmitglieder

Abg. Gerhard Holsten
Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg. Hans-Hermann Brandt
Abg. Klaus Dreyer
Abg. Erich Gajdzik
Abg. Friedhelm Helberg
Abg. Hinrich Kackmann
Abg. Klaus Lütjens
Abg. Claus Riebesehl
Abg. Erhard Thies
Abg. Bernd Wölbern

Mitglieder mit beratender Stimme

Abg. Lühr Klee
Abg. Detlef Steppat

Entschuldigt:

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung des Finanzausschusses am 28.05.2003
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
 - 4.1 Jahresabschluss 2003
 - 4.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 20.08.2003
- 5 Einbringung des Haushaltsplanes 2004
Vorlage: 2001-06/0630
- 6 Haushaltsüberschreitungen - Unterrichtung
Vorlage: 2001-06/0587
- 7 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Holsten eröffnet um 14.30 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.
Er begrüßt insbesondere die Frauenbeauftragte des Landkreises, den Vorsitzenden des Kreistages, Herrn Samtgemeindedirektor Lange sowie die Vertreter der Presse als Zuhörer.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig in vorstehender Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung des Finanzausschusses am 28.05.2003**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 6. Sitzung des Finanzausschusses wird bei zwei Stimmenthaltungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen:
Enthaltung: 2

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Punkt 4.1 der Tagesordnung: **Jahresabschluss 2003**

Landrat Dr. Fitschen berichtet, dass das bis zum Jahresende im Sozialhilfebereich noch mit überplanmäßigen Ausgaben von 1,5 bis 2 Mio. € zu rechnen sei. Dieses sei insbesondere auf steigende Ausgaben bei der Hilfe zum Lebensunterhalt sowie bei der Eingliederungshilfe für Behinderte zurückzuführen. Dennoch vermute er, dass der veranschlagte Fehlbedarf von ca. 5,7 Mio. € am Jahresende nicht ganz erreicht werde. Vorsorglich sei im Haushaltsplan 2004 eine Teilabdeckung von 3,5 Mio. € eingestellt worden, ggfs. müsse der restliche Betrag in 2005 abgedeckt werden.

Punkt 4.2 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Fraktion vom 20.08.2003**

Landrat Dr. Fitschen erklärt, die Städte und Gemeinden würden wie auch der Landkreis über ihre Spitzenverbände zu den von der Landesregierung beabsichtigten Änderungen laufend unterrichtet. Er habe den Antrag nicht in die Tagesordnung eingebracht, da die Angelegenheit den Landkreishaushalt nicht unmittelbar berühre und er deshalb keinen Handlungsbedarf sehe. Obwohl die Abgeordneten Dreyer und Helberg sowie der Abgeordnete Bargfrede in diesem Punkt unterschiedlicher Auffassung sind, verständigt man sich darauf, die anstehenden Fragen im Rahmen des Haushaltes 2004 zu klären.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Einbringung des Haushaltsplanes 2004**

Landrat Dr. Fitschen führt aus, dass sich die allgemeine Finanzsituation der öffentlichen Haushalte in 2003 weiter verschlechtert habe und zum Teil sogar als desolat zu bezeichnen sei. Bei rückläufigen Steuereinnahmen hätten die Defizite und Kassenkreditbestände einen neuen Höchststand erreicht. Ob mit den in den Orientierungsdaten des Landes Niedersachsen prognostizierten Steuermehreinnahmen in den kommenden Jahren zu rechnen sei, sei fraglich, da weder die dritte Stufe der Steuerreform, die „Hartz-Gesetze“ und das Steuervergünstigungsabbaugesetz hierin berücksichtigt seien.

Der vom Landkreis eingeschlagene strikte Sparkurs müsse fortgesetzt werden. Die Steuerkraftmesszahl für Umlagen sei beim Landkreis Rotenburg (Wümme) leicht gesunken und zwar im Bereich der Gewerbesteuer und dem Einkommensteueranteil. Um das strukturelle Defizit 2004 bei 6 Mio. € halten zu können, sei im Entwurf ein Kreisumlagehebesatz von 54 Punkten angenommen worden.

Der Vermögenshaushalt sei ausgeglichen, aber nur aufgrund einer Kreditaufnahme von 9,145 Mio. € sowie einer Rücklagenentnahme von 2,6 Mio. €. Die Steigerung der Nettoinvestitionen um rd. 10 % gegenüber 2003 sei geprägt von der Schulstrukturreform sowie der Aufhebung der Deckelung der Kreisschulbaukasse. Letzteres sei mit den Gemeinden abgesprochen, da diese die Kreisschulbaukasse zu einem Drittel mitfinanzieren. Das Ziel der Aufhebung sei der Abbau der offenen Forderungen der Gemeinden (5,4 Mio. €) und des Landkreises (4,1 Mio. €). Dieses antizyklische Verhalten, so Landrat Dr. Fitschen, stärke auch den heimischen Mittelstand.

Die nachfolgenden Ausführungen des Landrates Dr. Fitschen werden durch graphische Darstellungen des Kämmerers Höhl unterstützt (**Hinweis: Die Übersichten liegen dem Protokoll an.**)

Dr. Fitschen befürchtet, dass bei einem Defizit über 10 Mio. € ein Haushaltskonsolidierungskonzept aufzustellen sei. Eine Erhöhung der Kreisumlage um 2 Punkte halte er auch für gerechtfertigt.

tigt, weil der Landkreis allein und nicht die Gemeinden von den steigenden Sozialhilfaufwendungen betroffen sei. Außerdem würden die Gemeinden im kommenden Jahr vermutlich von einer Senkung der Gewerbesteuerumlage profitieren, die aber bei den Einnahmen des Landkreises keinerlei Auswirkungen habe.

Erstmals positiv zu vermerken sei die Tatsache, dass entgegen dem allgemeinen Trend auf Bundes- und Landesebene die Ausgaben für die Jugendhilfe beim Landkreis Rotenburg (W.) rückläufig seien. Insgesamt sei aber der Anteil des Einzelplanes 4 (Soziale Sicherung) an den Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes mit etwa 57 % sehr hoch.

Beim Kreisumlagevergleich weist Dr. Fitschen darauf hin, dass die Belastung je Einwohner im Vergleich zu den anderen Landkreisen im Regierungsbezirk noch recht gering sei. Der Abgeordnete Helberg verweist auf die unterschiedlichen Hebesätze bei den einzelnen Berechnungsgrundlagen im Landkreis Verden.

Landrat Dr. Fitschen spricht im Zusammenhang mit der Darstellung der Personalkosten den nicht dargestellten Aufgabenzuwachs an. U.a. würden die Sozialausgaben auch deshalb steigen, weil nicht genügend Personal für Kontrollfunktionen vorhanden sei. Im übrigen lägen aus dem Sozialamtsbereich mehrere Überlastungsanzeigen vor, so dass allein schon im Rahmen der Fürsorgepflicht des Dienstherrn eine Personalaufstockung erfolgen müsse. Auf Nachfrage des Abgeordneten Thies führt der Landrat als Beispiele für eine Aufgabenveränderung die Grundsicherung sowie die Veterinärverwaltung an. Der Ansicht des Abgeordneten Thies, in der freien Wirtschaft sei Personalabbau der einzige Weg zur Kostensenkung, entgegnet der Landrat, dass dieses Prinzip nicht auf den Landkreis übertragen werden könne, da die Aufgaben von Bund und Land vorgegeben würden und im Privatbereich frei gewählt werden könnten. Er halte den Personalkostenanteil von rund 20,8 % an den Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes noch für vertretbar.

Da der Vermögenshaushalt nur durch eine Kreditneuaufnahme von 9.145 Mio. € ausgeglichen werden konnte, bittet Dipl.-Kfm. Höhl die Mitglieder des Finanzausschusses die Zinsbelastungen für die Zukunft nicht aus den Augen zu verlieren. Die tatsächlichen Schulden wären sogar noch höher, da die Kassenkredite und Forderungen der Abfallwirtschaft nicht enthalten seien.

Der Abgeordnete Dreyer vermisst eine Zuführung vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt zum Ausgleich des Defizites. Dieses, so Herr Höhl, sei nicht möglich, da die allgemeine Rücklage bis auf den Mindestbestand bereits zur Finanzierung des Vermögenshaushaltes herangezogen worden sei.

Vorsitzender Holsten dankt dem Landrat für die Ausführungen sowie Herrn Dipl.-Kfm. Höhl für die Darstellungen mittels EDV.

Abgeordneter Bargfrede stellt allgemein fest, dass das Defizit des Landkreises wächst, obwohl er sich nicht mehr leistet. Er verdeutlicht dies durch die Aussage, dass im Jahre 2000 die Kreisumlage mit 52 Punkten noch 48 Mio. € ausmachten, 2004 ergeben die veranschlagten 54 Punkte nur noch 46,6 Mio. €. Eine mögliche Kreisumlageerhöhung würden die Gemeinden aller Voraussicht nach an die Einwohner über Steuer- und Beitragserhöhungen weitergeben. Zur Vermeidung zusätzlicher Belastungen für die Bürger könne sich seine Fraktion mit einer Erhöhung der Kreisumlage noch nicht anfreunden. In erster Linie gelte es, Ausgaben einzusparen. Der Sparkurs in der Jugendhilfe müsse unbedingt fortgesetzt werden. Die Sozialhilfeausgaben könnten möglicherweise durch verstärkte Überprüfungen eine Reduzierung erfahren. Hierfür sei aber nicht zusätzliches Personal einzustellen, sondern vorhandenes umzusetzen. Grundlage dafür sei eine generelle Aufgabenkritik, die insbesondere die Umschichtung von Personal zum Ziel haben sollte. Des weiteren sollte überprüft werden, inwieweit noch freiwillige Leistungen abgebaut werden könnten, ob Immobilien wirtschaftlicher verwaltet und ob kostendeckende Gebühren erhoben werden könnten. Die Aufhebung der Deckelung der Kreisschulbaukasse hält der Abgeordnete Bargfrede für einen guten Weg, ebenso die Wirtschaftsförderung. Dennoch sei anzustreben, die Kreditaufnahme zu senken um die Zinsbelastung für den Verwaltungshaushalt zu reduzieren. Hierzu sei insbesondere eine Überprüfung der EDV-Konzepte sowie der Ausgaben für die Kreishäuser notwendig.

Die Fortsetzung der Sportförderung und die Unterstützung des Jugendwanderns sei positiv zu bewerten.

Es müsse versucht werden, durch Aufgabenkritik eine Kreisumlageerhöhung zu vermeiden.

Der Abgeordnete Helberg betrachtet den vorgelegten Entwurf als mit Unsicherheiten behafteten Haushalt u.a. wegen der rückläufigen Steuereinnahmen. Der Haushalt sei durch das Defizit gekennzeichnet, wodurch man nicht umhin komme, über eine Kreisumlageerhöhung nachzudenken, die aber nicht die vorgeschlagenen 2 Punkte umfassen sollte. Auch der Abgeordnete Helberg spricht sich für eine generelle Aufgabenkritik aus. Es sollten insbesondere die Schülerbeförderungskosten überprüft werden. Die Personalkosten sollte man vielleicht wieder deckeln, dabei sollte man aber nicht übersehen, dass Arbeitsplätze verloren gehen könnten. Im Vergleich zu anderen Landkreisen stehe der Landkreis Rotenburg (W.) noch halbwegs gut da. Die Sparbemühungen der letzten 10 Jahre würden jetzt zum Tragen kommen.

Unter Hinweis auf seinen letztjährigen Antrag auf Senkung der Kreisumlage meint der Abgeordnete Steppat, dass der Landkreis es sich zu einfach mache indem er das Defizit durch eine Kreisumlageerhöhung senke. Hier treffe es die Schwächeren. Darauf entgegnet der Landrat, dass die Gemeinden pauschal gesehen keinesfalls die Schwächsten seien, da nur einige einzelne Gemeinden ihren Haushalt in 2003 nicht ausgleichen konnten.

Abgeordneter Riebesehl vertritt die Ansicht, dass seiner Ansicht nach im Bauwesen freiwerdende Personalkapazitäten zum Sozialbereich verlagert werden müssten, um eine Kostenreduzierung z.B. durch vermehrte Kontrollen zu erreichen.

Abgeordneter Dreyer fragt, warum die Kreise nicht ihre Chance nutzen und einer Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe beim Arbeitsamt zustimmen. Landrat Dr. Fitschen erwidert, dass die Landkreise dann nur noch Zahlstellen wären, weil das Arbeitsamt entscheide, wer arbeitsfähig sei. Eine Einflussnahme auf die Kosten sei dann keinesfalls mehr gegeben.

Der Abgeordnete Lütjens spricht nochmals die hohe Zinslast und Verschuldung an und bringt in Erinnerung, wie dramatisch die Ausgabelast wäre, wenn ein anderes Zinsniveau herrschen würde. Man müsse den Mut haben, Ausgaben zu streichen.

Abgeordneter Helberg meint, man solle den Haushalt nicht schlechter machen als er sei. Vor acht Jahren war der Schuldenstand und die Zinslast in gleicher Höhe vorhanden.

Beschluss:

Der Finanzausschuss nimmt den Haushaltsplanentwurf 2004 zur Kenntnis und verweist den Entwurf in die Fachausschüsse zur weiteren Beratung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:

Punkt 6 der Tagesordnung: Haushaltsüberschreitungen - Unterrichtung

Zur Genehmigungs-Nr. 24/2003 erkundigt sich der Abgeordnete Wölbern, ob in dem Fall derartig hohe Anwaltskosten zu erstatten waren. Landrat Dr. Fitschen erklärt, dass die größere Summe für das Verlegen der Leitung aufzuwenden war. Auf Nachfrage ergänzt er, dass der Schadensfall der Eigenschadenversicherung gemeldet worden sei, da eindeutig ein Bearbeitungsfehler vom verantwortlichen Sachbearbeiter vorliege.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Anfragen**

Da keine Anfrage vorliegen, schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil um 16.10 Uhr.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer